

## **Resolution der SPÖ Alsergrund und der Neos Alsergrund zur Bezirksvertretungssitzung am 3. März 2021**

---

### **Betrifft: Für einen diskriminierungsfreien Zugang zur Blutspende!**

Unzählige Menschen leisten in Österreich mit ihrer Blutspende Jahr für Jahr einen Beitrag zum Gesundheitssystem und helfen mit, Leben zu retten! Rund eine halbe Million Blutspenden müssen laut Angaben des Roten Kreuzes jährlich aufgebracht werden. Immer wieder suchen Blutspendeorganisationen daher dringend nach Freiwilligen und gerade in Zeiten von COVID-19 ist der Beitrag von Spender\*innen für unser Gesundheitssystem wichtiger denn je. Trotzdem werden schwule, bisexuelle Männer, sowie transidente Personen noch immer bewusst daran gehindert, Blut zu spenden.

Statt nach dem persönlichen Risikoverhalten von potentiellen Spender\*innen zu fragen, entscheidet in Österreich noch immer die sexuelle Orientierung darüber, wer einen Beitrag zu unserem Gesundheitssystem leisten kann. Männer, die in den letzten 12 Monaten Sex mit einem Mann hatten (MSM), werden automatisch ausgeschlossen - das bedeutet ein De-Facto-Blutspendeverbot für Schwule und bisexuelle Männer. Auch transidente Personen erleben diesen Ausschluss in vielen Fällen. Und das obwohl schon heute alle Blutspenden auf mögliche Krankheiten getestet werden. Ende Februar 2021 hat das Gesundheitsministerium zwar angekündigt, die Sperrfrist von Männern, die Sex mit Männern haben, auf 4 Monate zu senken - die generelle Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung bleibt damit aber weiter bestehen. Jedes monogame, schwule Paar darf auch unter der neuen Regelung nicht Blutspenden, an der Situation von Transgenderpersonen ändert sich gar nichts. Mit dieser Diskriminierung muss im Jahr 2021 endlich Schluss sein!

Seit Jahren wird in Österreich über das Ende dieses Ausschlusses von der Blutspende diskutiert. Die Abschaffung dieser Diskriminierung wurde bisher aber stets vertagt. Währenddessen machen Länder wie Bulgarien, Lettland, Portugal, Spanien oder erst seit kurzem auch Ungarn keinen Unterschied mehr aufgrund der sexuellen Orientierung von Spender\*innen - dort zählt das individuelle Verhalten und nicht die eigene Geschlechtsidentität und das Geschlecht der Sexpartner!

Die Bezirksvertretung Alsergrund spricht sich dafür aus, dass die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, die Diskriminierung bei der Blutspende endlich beenden muss und einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität in der Blutspendeverordnung verankern soll!

Für die SPÖ Alsergrund

Für die Neos

Claudia O'Brien, BA  
Klubobfrau

Mag. Rudolf Mayrhofer Grünbüchel  
Klubobmann

**SPÖ**

**Grüne**

**ÖVP**

**Neos**

**Links**

**FPÖ**



## **Resolution der SPÖ Alsergrund und der Grünen Alsergrund zur Bezirksvertretungssitzung am 3. März 2021**

---

### **Betrifft: Kinderrechte schützen und Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen aus Geflüchtetenlagern.**

Auf dem Boden der Europäischen Union spielt sich vor unser aller Augen eine humanitäre Katastrophe ab. Aufgrund der Untätigkeit der EU-Mitgliedsstaaten leben tausende Geflüchtete seit Jahren unter menschenunwürdigen Zuständen in Lagern - u.a. auf den griechischen Inseln. Mit der COVID-19-Pandemie und seit dem Brand im Flüchtlingslager Moria hat diese Krise nun einen neuen Höhepunkt erreicht.

Nach dem Großbrand in dem hoffnungslos überfüllten Lager Moria in der Nacht auf den 9. September 2020 wurden rund 12.600 Menschen obdachlos, darunter tausende Kinder. Die Situation der Geflüchteten hat sich in dem als Ausweichlager errichteten Kara Tepe noch weiter verschlechtert: Es gibt keine winterfesten Unterkünfte, kein sauberes, fließendes Wasser, nicht ausreichend zu essen und keine adäquaten Sanitäreinrichtungen. Bereits mehrmals wurden Teile des Lagers, das direkt am Meer auf einem ehemaligen militärischen Übungsgelände liegt, überflutet.

Der Winter hat die Lage der Menschen nun noch weiter verschlimmert. Zahlreiche NGOs fordern die sofortige Evakuierung von Kara Tepe sowie der anderen Elendslager auf den griechischen Inseln.

Zusätzlich bieten die Verhältnisse in den Lagern keinen Schutz gegen die Ausbreitung von COVID-19: Es können weder Sicherheitsabstände eingehalten noch Hygienemaßnahmen, wie regelmäßiges Händewaschen, umgesetzt werden. Dazu kommt, dass in den Lagern viele Angehörige besonders vulnerabler Gruppen leben, die über keinen Zugang zu ausreichend medizinischer Versorgung verfügen. Um eine Gesundheitskatastrophe zu verhindern plädiert das EU-Parlament daher seit Mitte März dafür, die Menschen in den Lagern umgehend zu evakuieren. Die Verhältnisse sind in jeder Hinsicht lebensbedrohlich.

Während sich bereits zehn EU-Staaten, darunter das kleine Land Luxemburg, bereit erklärt haben, Geflüchtete aus den Lagern aufzunehmen, verweigern der Bundesminister für Europäische und internationale Angelegenheiten sowie der Bundesminister für Inneres bisher eine solche humanitäre Geste. Gleichzeitig drängen immer mehr Österreicher\*innen und zahlreiche NGOs auf ein humanes Vorgehen und eine Beteiligung an der Aufnahme von Geflüchteten. Mehrere Gemeinden im ganzen Land haben sich bereit erklärt, Geflüchtete von den griechischen Inseln aufzunehmen, angemessen unterzubringen und zu versorgen.

Eine Erhebung der Initiative „Courage - Mut zur Menschlichkeit“ zeigt, dass es weit über 3.000 sichere Plätze in Österreich gibt, wo Menschen untergebracht werden könnten. Darunter befinden sich viele Plätze für Kinder, Jugendliche oder ganze Familien, die den gesetzlichen Bestimmungen (z. B. für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen) entsprechen und wo eine passende Infrastruktur (Kindergarten, Schulen etc.) vorhanden ist. Es handelt sich also nicht bloß um einen

Schlafplatz, sondern um ein nachhaltiges und umfassendes Angebot.

Für großen Unmut sorgte die Abschiebung von drei Schülerinnen (Tina, Sona und Ashot) und ihren Familienangehörigen nach Georgien bzw. Armenien, während einer weltweiten Pandemie. Innenminister Nehammer hat hier ganz klar das Kindeswohl missachtet und Kinder, die in Österreich geboren wurden aus der Mitte der Gesellschaft gerissen, obwohl er hier die Möglichkeit, humanitäres Bleiberecht zu gewähren, und die Pflicht, das Kindeswohl vorrangig zu prüfen, gehabt hätte.

Wenn wir uns alle hinter der Idee versammeln, dass Kinder, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, auch einen gesicherten Aufenthalt haben sollen, dann gehen wir den Schritt und verleihen allen hier aufgewachsenen Kindern und Jugendlichen die Staatsbürger\*innenschaft.

Es braucht ebenso effektive Regelungen für ein humanitäres Bleiberecht - inklusive Handlungsmöglichkeiten für Länder und Gemeinden -, damit solche Fälle nie wieder vorkommen. Der Alsergrund fordert den Innenminister auf, seine Verantwortung für die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention wahrzunehmen.

Erst im September 2020 hat sich die Bezirksvertretung Alsergrund zu den Forderungen der Sicheren Häfen bekannt. Stellen wir am Alsergrund die Menschlichkeit in den Vordergrund und leisten wir gemeinsam einen Beitrag, der den Betroffenen hilft, Erstaufnahmeländer unterstützt und eine geordnete Aufnahme von Geflüchteten sicherstellt.

Die Bezirksvertretung Alsergrund spricht sich daher für folgende Punkte aus:

- Der Bezirk Alsergrund bekennt sich zur freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten und erwartet sich von Bundesminister Schallenberg und Bundesminister Nehammer, dem nachzukommen und die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.
- Der Bezirk Alsergrund drückt seine Bereitschaft aus, Geflüchtete aufzunehmen und adäquat zu versorgen.
- Der Bezirk Alsergrund spricht sich für einen generellen und sofortigen Abschiebestopp während einer weltweiten Pandemie aus und erwartet sich von Bundesminister Nehammer, dass er sich zur Einhaltung der Kinderrechtskonvention bekennt.
- Der Bezirk Alsergrund bekennt sich zum humanitären Bleiberecht und zur Rücknahme der grausamen Abschiebungen und erwartet sich vom Bundesminister für Inneres ein dementsprechendes Handeln.
- Der Bezirk Alsergrund bekennt sich zu einem Staatsbürger\*innenrecht, welches es ermöglicht, dass Kinder, die in Österreich aufgewachsen sind, ein Recht auf Einbürgerung haben.
- Der Bezirk spricht sich für die Wiedereinführung von Härtefallkommissionen zur Prüfung der Erteilung des humanitären Bleiberechts auf Länder- und Gemeindeebene aus.
- Der Bezirk Alsergrund erwartet die Berücksichtigung des Kindeswohls in allen Verfahren und eine vollständige Umsetzung der Kinderrechtskonvention in der österreichischen Verfassung.

Für die SPÖ Alsergrund

Für die Grünen Alsergrund

Claudia O'Brien, BA  
Klubobfrau

Raimund Wöß  
Klubobmann

**SPÖ**

**Grüne**

**ÖVP**

**Neos**

**Links**

**FPÖ**